REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Festlegung der Anerkennungsbedingungen und -modalitäten des Direktors eines anerkannten Zentrums für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, Artikel 31;

Aufgrund des ministeriellen Erlasses vom 20. November 1978 zur Festlegung der Anerkennungsbedingungen des Direktors eines Zentrums für ständige Weiterbildung;

Aufgrund des Gutachtens des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Ausbildung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:
1. Institut: das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;
2. Zentrum: das Zentrum für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen. Das Zentrum kann aus verschiedenen Standorten bestehen.

Art. 2 – Der Direktor eines anerkannten Zentrums nimmt folgende Aufgaben wahr:
1. in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat des Zentrums die Festlegung der strategischen Entwicklung der dualen Ausbildung und beruflich-technischen Weiterbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und deren Umsetzung im operativen Geschäft;

2. die Umsetzung der Vorgaben und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen insbesondere in Verbindung mit der Organisation der Grundausbildungskurse im Stadium der Lehre und der Ausbildung zum Meister sowie der Weiterbildungen, Umschulungen und Vorbereitungskurse auf die Prüfungen des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht;

3. den Dialog mit dem Institut als Aufsichtsbehörde;

4. die betriebswirtschaftliche und zukunftsorientierte Steuerung des Zentrums;

5. die Planung der täglichen Verwaltung, Strukturierung und Organisation des operativen Geschäfts des Zentrums mit den Kollegen des Direktionsteams sowie des Middle Managements;

6. die Dienstaufsicht über alle Vertragsnehmer des Zentrums;

7. die Verantwortung für das Qualitätsmanagement;

8. die Verantwortung für die Unterrichtsarbeit am Zentrum und gegebenenfalls an seinen unterschiedlichen Standorten;

9. die Verantwortung für eine gewinnbringende Entwicklung der Weiterbildungsabteilung;

10. die regelmäßige Berichterstattung über die tägliche Geschäftsführung an den Verwaltungsrat des Zentrums.

Unbeschadet der Bestimmungen über das Ende der Berufslaufbahn übt der Direktor seine Aufgaben unter einem Vollzeitarbeitsverhältnis aus.

Art. 3 – Um als Direktor eines anerkannten Zentrums gemäß Artikel 31 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen anerkannt zu werden, muss die Person:

1. eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 §2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades oder über gleichwertige Kompetenzen der Stufen 6, 7 oder 8 des Nationalen Qualifikationsrahmens gemäß dem Dekret vom 18. November 2013 zur Einführung eines Qualifikationsrahmens der Deutschsprachigen Gemeinschaft verfügen;

3. die Bewerbung in der Form und der Frist eingereicht haben, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind;

4. die bürgerlichen und politischen Rechte besitzen;

5. den Milizgesetzen genügt haben;

6. die deutsche Sprache gründlich beherrschen. Als Nachweis der gründlichen Beherrschung einer Sprache gelten die in Artikel 26 §1 des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen angeführten Nachweise;

7. die französische Sprache gründlich beherrschen. Als Nachweis der gründlichen Beherrschung einer Sprache gelten die in Artikel 26 §1 des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen angeführten Nachweise;

8. die Prüfung gemäß Artikel 4 bestanden haben.

Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b) bis d) dient der Umsetzung der Richtlinie

2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.

Art. 4 – Im Falle des Freiwerdens der Direktorenfunktion informiert der Verwaltungsrat des Zentrums unverzüglich schriftlich das Institut und legt in Absprache mit dem Institut den Inhalt und die Modalitäten für den Bewerberaufruf und die Prüfung fest.

Das Institut informiert den für die Ausbildung zuständigen Minister mindestens 30 Kalendertage vor der Prüfung über die festgelegten Modalitäten.

Art. 5 – Das in Artikel 31 Absatz 2 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen angeführte Gutachten des Instituts beruht auf dem Vorschlag einer vom Zentrum eingesetzten Prüfungskommission.

Die Prüfungskommission setzt sich aus folgenden Personen zusammen:
1. zwei Mitglieder, die durch den Verwaltungsrat des Zentrums bezeichnet werden, wovon ein Mitglied der Präsident des Verwaltungsrates ist;
2. der Geschäftsführende Direktor des Instituts;
3. der Präsident des Verwaltungsrats des Instituts oder sein Vertreter;
4. ein Vertreter des für die Ausbildung zuständigen Ministers;
5. ein Experte, der an der Prüfungserstellung beteiligt war.

Im Fall einer Fusion von bestehenden anerkannten Zentren und einer unmittelbaren Neubesetzung der Direktorenstelle kann die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Mitgliederanzahl verdreifacht werden.

Die Prüfungskommission prüft die in Artikel 3 angeführten Zulassungsbedingungen der Bewerber und ermittelt ihre Kompetenzen.

Die Prüfung enthält mindestens eine praxisbezogene Aufgabe, die mit dem in Absatz 1 Nummer 5 erwähnten Experten erstellt wird. Um die Prüfung zu bestehen, erzielen die Bewerber bei jedem Prüfungsteil mindestens 50% und insgesamt 60%.

Auf Grundlage der Gesamtergebnisse lässt die Prüfungskommission dem Verwaltungsrat des Zentrums einen mit Gründen versehenen Bestellungsvorschlag, das Prüfungsprotokoll und die Rangfolge der Bewerber zukommen. Der Verwaltungsrat des Zentrums stellt dem Institut seinen mit Gründen versehenen Bestellungsvorschlag zu.

Auf Grundlage des Bestellungsvorschlags des Zentrums erstellt das Institut ein Gutachten über die Anerkennung des Direktors und übermittelt es der Regierung zwecks Entscheidung.

Der für die Ausbildung zuständige Minister informiert das Institut und das Zentrum über die Entscheidung der Regierung. Die Bewerber werden vom Zentrum informiert.

Art 6 – Die Ausübung der Direktorenfunktion ist unvereinbar mit einer Lehrkraftfunktion

im Zentrum, mit Ausnahme eines vorläufigen und außergewöhnlichen Ersatzes.

Der Direktor kann nach Genehmigung des Verwaltungsrates des Zentrums andere berufliche Tätigkeiten als die des Direktors des Zentrums ausüben, insofern diese Tätigkeiten die vollzeitige Funktion des Direktors nicht beeinträchtigen und kein Interessenkonflikt oder unlauterer Wettbewerb für das Zentrum entsteht. Im Falle eines entsprechenden Antrags seitens des Direktors informiert der Verwaltungsrat des Zentrums das Institut über seine begründete Entscheidung.

Art. 7 – Der Direktor wird alle fünf Jahre durch eine Evaluationskommission bewertet.

Die Evaluationskommission setzt sich wie die in Artikel 5 angeführte Prüfungskommission zusammen.

Die Bewertung bezieht sich auf die Umsetzung des strategischen Plans des Direktors und die Ausführung der in Artikel 2 erwähnten Aufgaben des Direktors.

Der Direktor verfasst vor dem Bewertungsgespräch einen Bericht, in dem er eine Bilanz seiner Tätigkeit der letzten Jahre zieht und in dem er Vorschläge zur weiteren strategischen Entwicklung der dualen Ausbildung und beruflich-technischen Weiterbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft formuliert. Dieser Bericht bildet die Grundlage des Bewertungsgesprächs.

Das Institut erstellt die Bewertungstabelle für die Mitglieder der Evaluationskommission und den Bewertungsbericht.

Das Institut legt seinem Verwaltungsrat und dem Verwaltungsrat des Zentrums den Bewertungsbericht spätestens zwei Monate nach dem Bewertungsgespräch vor.

Im Falle, dass der Bewertungsbericht Vorbehalte enthält oder die Bewertung negativ ausfällt, schlägt die Evaluationskommission eine Aussetzung der Anerkennung vor und legt einen Aufholplan und eine äußerste Frist für eine neue Bewertung durch die Evaluationskommission fest. Wenn diese erneute Bewertung in einem negativen Bewertungsbericht mündet, schlägt die Evaluationskommission einen Anerkennungsentzug gemäß Artikel 8 vor.

Die Aussetzung der Anerkennung hat keine Auswirkung auf die Bezuschussung der Direktorenstelle.

Art. 8 – Stellt der Verwaltungsrat des Zentrums oder das Institut fest, dass der Direktor die in den Artikeln 3 oder 6 festgelegten Bestimmungen nicht erfüllt oder den ihm auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommt oder schlägt die Evaluationskommission einen Anerkennungsentzug vor, teilt das Institut dem Direktor Folgendes per Einschreiben mit:

1. die Beweggründe seines vorläufigen Beschlussvorschlags zum Anerkennungsentzug;
2. die Modalitäten für seine Anhörung;
3. seine Rechte zur Akteneinsicht und Erstellung einer Kopie der Akte vor der Anhörung;
4. seine Möglichkeit, sich während des gesamten Verfahrens von einem Rechtsbeistand begleiten zu lassen.

Die Anhörung findet mindestens 30 Kalendertage nach dem Versand des Einschreibens statt.

Der Direktor stellt innerhalb von zehn Kalendertagen ab Anhörung dem Institut seine schriftlichen Anmerkungen zu. Nach Ablauf dieser Frist kann das Institut den begründeten

Beschlussvorschlag zum Anerkennungsentzug des Direktors fassen. In diesem Falle bittet das Institut den Verwaltungsrat des Zentrums innerhalb von zehn Kalendertagen ab Erhalt der vollständigen Akte um Stellungnahme. Gibt der Verwaltungsrat des Zentrums keine fristgerechte Stellungnahme ab, wird die Akte für die Weiterleitung an die Regierung als vollständig betrachtet.

Das Institut stellt der Regierung seinen mit Gründen versehenen Beschlussvorschlag zum Anerkennungsentzug zu.

Die Regierung entscheidet über den Anerkennungsentzug innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ab Erhalt der vollständigen Akte.

Der für die Ausbildung zuständige Minister teilt dem Direktor und dem Institut die Entscheidung der Regierung mit und informiert den Direktor über seine Einspruchsmöglichkeiten im Falle eines Anerkennungsentzuges.

Art. 9 – Die Anerkennung des Direktors endet von Amts wegen:
1. im Falle seines Rücktritts und ab dem Datum des Inkrafttretens dieses Rücktritts;
2. am ersten Tag des Folgemonats des Antritts seines Ruhestands;
3. am Tag seines Todes;
4. im Falle des Anerkennungsentzuges des Zentrums, in dem er arbeitet.

In den in Absatz 1 Nummern 1, 2 und 3 angeführten Fällen informiert der Verwaltungsrat des Zentrums das Institut und den für die Ausbildung zuständigen Minister unverzüglich.

Art. 10 – Der ministerielle Erlass vom 20. November 1978 zur Festlegung der Anerkennungsbedingungen des Direktors eines Zentrums für ständige Weiterbildung ist aufgehoben.

Art. 11 – Vorliegender Erlass tritt am 1. Juni 2021 in Kraft.

Art. 12 – Der für die Ausbildung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Lydia Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia Klinkenberg
Datum: 2021.07.01 13:43:31 +02'00'

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot bepaling van de voorwaarden en nadere regels voor de erkenning van de directeur van een erkend centrum voor opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20, gewijzigd bij de wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, artikel 31;

Gelet op het ministerieel besluit van 20 november 1978 houdende bepaling van de erkenningsvoorwaarden van de directeur van het Centrum voor Voortdurende Vorming;

Gelet op het advies van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, gegeven op [datum];

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op [datum];

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. [datum];

Gelet op advies [nummer] van de Raad van State, gegeven op [datum], met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de minister bevoegd voor Opleiding;

Na beraadslaging,

Besluit:

Artikel 1 – Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:
1° Instituut: het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's;
2° centrum: het centrum voor opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's. Het centrum kan verschillende locaties hebben.

Art. 2 – De directeur van een erkend centrum vervult de volgende taken:
1° in samenwerking met de raad van bestuur van het centrum de strategische ontwikkeling van de duale opleiding en de beroeps-technische voortgezette opleiding in de Duitstalige Gemeenschap en de operationele implementatie ervan bepalen;
2° de vereisten toepassen en de wettelijke bepalingen naleven, in het bijzonder in verband met de

organisatie van de basiscursussen in het stadium van de leertijd en in het stadium van de opleiding tot ondernemingshoofd, alsook van de voortgezette opleidingen, omscholingen en cursussen ter voorbereiding van de examens van de examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het middelbaar onderwijs;

3° de dialoog met het Instituut dat optreedt als toezichthoudende overheid;

4° het centrum bedrijfseconomisch en toekomstgericht sturen;

5° het dagelijks beheer plannen, de operationele verrichtingen van het centrum structureren en organiseren met de collega's van het directieteam en met het middenmanagement;

6° toezicht op en verantwoordelijkheid voor iedereen die een overeenkomst met het centrum heeft gesloten;

7° verantwoordelijkheid voor het kwaliteitsmanagement;

8° verantwoordelijkheid voor het onderwijs dat wordt gegeven aan het centrum en, in voorkomend geval, op zijn verschillende locaties;

9° verantwoordelijkheid voor een winstgevende ontwikkeling van de afdeling voortgezette opleidingen;

10° regelmatig verslag uitbrengen over het dagelijks bestuur aan de raad van bestuur van het centrum.

Met behoud van de toepassing van de eindeloopbaanregelingen oefent de directeur zijn functie voltijds uit.

Art. 3 – Om te worden erkend als directeur van een erkend centrum overeenkomstig artikel 31 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, moet betrokkene:

1° voldoen aan één van de volgende voorwaarden:

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezeten onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) een verblijfstitel bezitten krachtens de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980;

2° minstens een diploma hoger onderwijs van de eerste graad hebben of gelijkwaardige competenties op niveau 6, 7 of 8 van het nationale kwalificatiekader overeenkomstig het decreet van 18 november 2013 tot invoering van het kwalificatieraamwerk van de Duitstalige Gemeenschap;

3° de sollicitatie ingediend hebben in de vorm en binnen de termijn die in de oproep tot de gegadigden werd bepaald;

4° de burgerlijke en politieke rechten genieten;

5° aan de dienstplichtwetten hebben voldaan;

6° een grondige kennis van het Duits hebben. Als bewijzen voor de grondige kennis van een taal gelden de bewijzen vermeld in artikel 26, § 1, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs;

7° een grondige kennis van het Frans hebben. Als bewijzen voor de grondige kennis van een taal gelden de bewijzen vermeld in artikel 26, § 1, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs;

8° geslaagd zijn voor het examen overeenkomstig artikel 4.

Het eerste lid, 1°, b) tot d), voorziet in de omzetting van de richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezeten onderdanen van derde landen, van de richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor

samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming.

Art. 4 – Als de functie van directeur vacant wordt, deelt de raad van bestuur van het centrum dit onmiddellijk schriftelijk mee aan het Instituut en legt, in overleg met het Instituut, de inhoud en de nadere regels van de oproep tot de gegadigden en het examen vast.

Het Instituut deelt de vastgelegde nadere regels minstens dertig kalenderdagen vóór het examen mee aan de minister die bevoegd is voor opleiding.

Art. 5 – Het advies van het Instituut vermeld in artikel 31, tweede lid, van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, berust op het voorstel van een door het centrum aangestelde examencommissie.

De examencommissie bestaat uit de volgende personen:
1° twee leden die door de raad van bestuur van het centrum worden aangewezen, waarbij één lid de voorzitter van de raad van bestuur is;
2° de afgevaardigd directeur van het Instituut;
3° de voorzitter van de raad van bestuur van het Instituut of diens vertegenwoordiger;
4° een vertegenwoordiger van de minister die bevoegd is voor Opleiding;
5° een deskundige die bij de opmaak van het examen betrokken was.

Als bestaande erkende centra fuseren en de betrekking van directeur onmiddellijk nieuw ingevuld wordt, kan het ledenaantal vermeld in het eerste lid, 1°, worden verdrievoudigd.

De examencommissie onderzoekt de in artikel 3 vermelde toelatingsvoorwaarden van de kandidaten en stelt hun competenties vast.

Het examen omvat ten minste één praktische opdracht die samen met de deskundige vermeld in het eerste lid, 5°, wordt opgesteld. Om voor het examen te slagen, moeten de kandidaten ten minste 50% halen op elk onderdeel van het examen en 60% behalen in totaal.

Op basis van de einduitslag zendt de examencommissie een met redenen omklede voordracht, het verslag van het examen en de rangorde van de kandidaten toe aan de raad van bestuur van het centrum. De raad van bestuur van het centrum zendt zijn met redenen omklede voordracht toe aan het Instituut.

Op basis van de voordracht van het centrum stelt het Instituut een advies over de erkenning van de directeur op en zendt het Instituut dit advies toe aan de Regering met het oog op een beslissing.

De minister die bevoegd is voor Opleiding deelt de beslissing van de Regering mee aan het Instituut en aan het centrum. De kandidaten worden op de hoogte gebracht door het centrum.

Art 6 – De uitoefening van de functie van directeur is onverenigbaar met de functie van leerkracht in het centrum, met uitzondering van een tijdelijke en uitzonderlijke vervanging.

De directeur kan, na goedkeuring door de raad van bestuur van het centrum, andere beroepsactiviteiten uitoefenen, mits deze activiteiten niet strijdig zijn met de voltijdse functie van directeur en geen belangenconflict of oneerlijke concurrentie voor het centrum doen ontstaan. Indien de directeur hierom verzoekt, deelt de raad van bestuur van het centrum zijn met redenen omklede beslissing mee

aan het Instituut.

Art. 7 – De directeur wordt om de vijf jaar geëvalueerd door een evaluatiecommissie.

De evaluatiecommissie wordt op dezelfde wijze samengesteld als de examencommissie vermeld in artikel 5.

De evaluatie heeft betrekking op de uitvoering van het strategisch plan van de directeur en de uitvoering van de in artikel 2 vermelde taken van de directeur.

Voorafgaand aan het evaluatiegesprek schrijft de directeur een verslag waarin hij de balans opmaakt van zijn werkzaamheden van de afgelopen jaren en waarin hij voorstellen formuleert voor de verdere strategische ontwikkeling van de duale opleiding en de beroeps-technische voortgezette opleiding in de Duitstalige Gemeenschap. Dat verslag dient als basis voor het evaluatiegesprek.

Het Instituut maakt de evaluatietabel voor de leden van de evaluatiecommissie en het evaluatieverslag op.

Het Instituut legt het evaluatieverslag uiterlijk twee maanden na het evaluatiegesprek voor aan zijn eigen raad van bestuur en aan de raad van bestuur van het centrum.

Indien het evaluatieverslag punten van voorbehoud bevat of de evaluatie negatief is, stelt de evaluatiecommissie voor de erkenning op te schorten en stelt zij een inhaalplan op en een uiterste termijn voor een nieuwe evaluatie door de evaluatiecommissie. Indien deze nieuwe evaluatie een negatief evaluatieverslag oplevert, stelt de evaluatiecommissie voor de erkenning in te trekken overeenkomstig artikel 8.

De opschorting van de erkenning heeft geen gevolgen voor de subsidiëring van de betrekking van directeur.

Art. 8 - Indien de raad van bestuur van het centrum of het Instituut vaststelt dat de directeur de bepalingen van artikel 3 of artikel 6 niet nakomt of zijn verplichtingen niet nakomt, of indien de evaluatiecommissie voorstelt de erkenning in te trekken, deelt het Instituut aangetekend het volgende mee aan de directeur:

1° de redenen voor haar voorlopige voorstel van besluit tot intrekking van de erkenning;
2° de nadere regels voor zijn hoorzitting;
3° zijn rechten om het dossier in te zien en er een kopie van de maken voor de hoorzitting;
4° de mogelijkheid om tijdens de hele procedure door een advocaat te worden bijgestaan.

De hoorzitting vindt ten vroegste dertig kalenderdagen na toezending van het aangetekend schrijven plaats.

De directeur zendt zijn schriftelijke opmerkingen binnen tien kalenderdagen, te rekenen vanaf de hoorzitting, toe aan het Instituut. Na het verstrijken van die termijn kan het Instituut een met redenen omkleed voorstel van besluit tot intrekking van de erkenning van de directeur aannemen. In dat geval vraagt het Instituut de raad van bestuur van het centrum binnen tien kalenderdagen na ontvangst van het volledige dossier zijn standpunt te kennen te geven. Indien de raad van bestuur van het centrum zijn standpunt niet binnen de gestelde termijn te kennen geeft, wordt het dossier geacht volledig te zijn en aan de Regering te kunnen worden voorgelegd.

Het Instituut zendt zijn met redenen omkleed voorstel van besluit tot intrekking van de erkenning toe aan de Regering.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het volledig dossier beslist de Regering over de intrekking van de erkenning.

De minister die bevoegd is voor Opleiding deelt de beslissing van de Regering mee aan de directeur en aan het Instituut en stelt de directeur in kennis van zijn beroepsmogelijkheden in geval van intrekking van de erkenning.

Art. 9 – De erkenning van de directeur eindigt van ambtswege:
1° in geval van ontslag en vanaf de datum van inwerkingtreding van dat ontslag;
2° op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin hij met pensioen gaat;
3° op de dag van zijn overlijden;
4° in geval van intrekking van de erkenning van het centrum waar hij werkt.

In de gevallen vermeld in het eerste lid, 1°, 2° en 3°, brengt de raad van bestuur van het centrum het Instituut en de minister die bevoegd is voor Opleiding onmiddellijk op de hoogte.

Art. 10 – Het ministerieel besluit van 20 november 1978 houdende bepaling van de erkenningsvoorwaarden van de directeur van het Centrum voor Voortdurende Vorming wordt opgeheven.

Art. 11 – Dit besluit treedt in werking op 1 juni 2021.

Art. 12 – De minister bevoegd voor Opleiding is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
L. KLINKENBERG